

A Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bei den Männern und Frauen der Hamburger Polizei bedanken und betonen: Dieser Senat steht hinter der Polizei. Das wird auch so bleiben und dafür stehe ich ganz persönlich. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Warnholz.

(Unruhe im Hause)

Nur der Abgeordnete Warnholz bekommt das Wort.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Das kann doch nicht so kompliziert sein. So viele heißen hier nicht Warnholz.

Karl-Heinz Warnholz (fortfahrend): Es ist erstaunlich, Herr Dr. Dressel, dass Sie heute die Polizei verteidigen. Das finde ich gut und als Vorsitzender des Innenausschusses freue ich mich darüber, aber ich frage die SPD, wie Ihr Spitzenpolitiker oder Ihr Bürgermeisterkandidat dazu kommt, die Polizei zu kritisieren? Wer hat denn in der SPD das Sagen? Sie oder Ihr sogenannter Spitzenkandidat? Das beantworten Sie mir bitte einmal.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Manuel Sarrazin* GAL)

B Wieder einmal wird von Seiten der Opposition der Polizeieinsatz kritisiert. Das ist Ihr gutes Recht, das räumen wir Ihnen auch alle ein. Ich frage mich allerdings, warum diese Kontrollfunktion – wie in diesem Falle geschehen – immer zu Profilierungsversuchen einiger Personen eingesetzt wird. Es zeigt mir vielmehr, dass gerade die SPD bei dem Thema der Inneren Sicherheit nichts, aber auch gar nichts dazugelernt hat. Ich kann nur sagen: Lernziel verfehlt, Note 6, setzen, nicht versetzt, und für das Jahr 2008 rechne ich mit einem Verfehlen des Klassenziels. Sie werden es nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL - Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl-Heinz Warnholz (fortfahrend): Nein, sie wollen mir nur meine Redezeit klauen.

Für die CDU steht fest, dass die Polizei in Hamburg am Pfingstmontag, wie wir es gehört haben, für die Sicherheit der Menschen in dieser Stadt, für einen geordneten Verlauf der Demonstration und den Schutz und die Sicherheit von friedlichen Demonstranten gesorgt und diese Lage durch ein angemessenes Verhalten erfolgreich bewältigt hat. Dafür möchte ich der Hamburger Polizei ausdrücklich meinen persönlichen Dank aussprechen. Wir stehen bei unserer Hamburger Polizei und Feuerwehr – das wurde schon von den CDU-Vorrednern gesagt – und wir stehen auch bei unserem Senator Udo Nagel. Der macht einen guten Job.

(Beifall bei der CDU)

C Wenn es nach der Auflösung der Demonstration zu Gewalttaten in ihrer geliebten "Schanze" gekommen ist, müssen diese auf das Allerschärfste verurteilt werden. Leider wurden dabei viele Polizeibeamte verletzt, die für uns alle ihren Kopf, ihren Körper hingehalten haben. An dieser Stelle – ich finde es sehr gut, Herr Dr. Dressel, dass Sie das gesagt haben – schließt sich die CDU Ihren Genesungswünschen an. Hoffentlich möge es nicht bald wiederkommen.

Es hat sich aber auch gezeigt, dass die gewählte Polizeitaktik die richtige Strategie war. Hinzu kommt, dass die dem Veranstalter von der Versammlungsbehörde gemachten Auflagen gleichfalls zum gelungenen Ablauf der Demonstration beigetragen haben. Das kann durchaus Beispielcharakter haben. So manches Land und so manche Stadt kann sich an Hamburg messen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Auflagen sowie die Gefahrenprognose der Polizei wurden von unabhängigen Gerichten, sogar vom Bundesverfassungsgericht, allesamt höchstrichterlich bestätigt. Ich weiß, dass Ihnen das stinkt, aber das müssen auch Sie, besonders meine Damen und Herren von der GAL, endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass es bei einem weitgehend friedlichen Verlauf einer Demonstration wie am Pfingstmontag gerade vor dem Hintergrund der polizeilichen Kenntnis einer Teilnahme von circa 1.200 und mehr gewaltbereiten Autonomen immer zu den Vorwürfen von zuviel – ich wiederhole: von zuviel – Polizei und unangemessener Einschüchterung kommt. Sollen wir den gewaltbereiten Krawallmachern nicht entgegenzutreten, sollen wir ihnen die Straßen überlassen, wie es in der "Schanze" passiert ist? Das kann keiner wollen und das werden wir auch nicht in dieser schönen Stadt zulassen. Wenn dann etwas passiert – und jeder hat die Bilder vom letzten Samstag noch vor Augen –, dann ist natürlich Ihr oppositionelles Geschrei riesengroß.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zu einem Schlusssatz kommen.

Karl-Heinz Warnholz (fortfahrend): – Machen Sie sich Vergnügen.

Dann fragen alle, warum die Polizei nicht im Vorwege richtig gehandelt hat. Sie hat richtig gehandelt und deswegen weiter voran mit Udo Nagel.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf das eingehen, was der Senator zu Beginn seiner Rede hier sagte. Auf die soeben gehörten Peinlichkeiten möchte ich nicht mehr eingehen, die sind satzungsbekannt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut und es kann keine Tolerierung der Gewalt geben. Beides ist völlig und ohne Umschweife und ohne Abstrich richtig. Um die Versammlungsfreiheit derer zu schützen, die friedlich ihre

- A Meinung kundtun wollen, die friedlich für etwas eintreten wollen, ist es aber auch notwendig, dass ihnen diese Möglichkeit gewährt wird, und zwar in jedem Fall. Sie muss insbesondere gegenüber denjenigen gewährt werden, die alles daran setzen, das zu verhindern. Das sind diejenigen, denen es nicht um Politik geht, sondern die zu solchen Veranstaltungen ausschließlich deswegen gehen, um Gewalt anzuwenden.

Eine Trennung zwischen diesen beiden Gruppen ist von daher in mehrfacher Hinsicht notwendig. Es ist notwendig, dass wir diese Trennung in unseren Köpfen vornehmen und wissen, was wir schützen und was wir bekämpfen müssen. Das muss dann auch vor Ort entsprechend deutlich von der Polizei umgesetzt werden. Das ist, weiß Gott, nicht immer einfach und genau in solchen Situationen eine Aufgabe, um die ich wirklich niemanden beneide. Aber gerade deswegen ist es notwendig, nach solchen Ereignissen immer wieder kritisch zu fragen, was richtig gelaufen ist und was unter Umständen das nächste Mal anders gemacht werden könnte, um das Demonstrationsrecht derer zu schützen, von denen Herr Schäuble sagte, er wolle, dass sie ihre Meinung kundtun können, zu denen Herr Nagel wieder überhaupt nichts gesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Zu all dem gehört, dass im Vorfeld solcher Demonstrationen und dann auch am Tag selbst alles getan wird, um die Aufregung abzumildern und nicht, sie anzuhetzen. Dazu gehört – darüber können wir gerne sprechen –, diesen sogenannten schwarzen Block nach Möglichkeit so von den anderen friedlichen Demonstranten fernzuhalten, dass deren Demonstrationsrecht gewahrt bleibt. Dazu gehört auch, ganz sensibel darauf zu achten, dass alle diejenigen, die friedlich demonstrieren wollen, das auch tatsächlich können und auch den Eindruck haben, dass sie es können. Sollte dabei etwas in die eine oder andere Richtung zu weit ausschlagen, dann ist es notwendig, dass wir uns hier in aller Ruhe und ohne diese Aufregungen darüber unterhalten, was an Einsatztaktiken – das ist Sache der Polizei – verändert werden könnte, aber auch, wie wir hier damit umgehen. Wenn wir so damit umgehen, wie Herr Warnholz es eben wieder getan hat, wird das absolute Gegenteil dessen erreicht, was zu erreichen ist, nämlich die Versammlungsfreiheit für alle diejenigen zu sichern, die friedlich demonstrieren wollen, jedem die Möglichkeit zu bieten, das kundzutun, was er kundtun möchte, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass niemand den Eindruck hat, er werde in seinen Grundrechten beschränkt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In diesem Zusammenhang noch ein, zwei Sätze zum Einsatz von Staatsanwaltschaft und Polizei im Postverteileramt Mitte. Das halte ich in der Tat für eine Aktion, die hart an der Grenze dessen ist, was im Rahmen von Sicherheit für die eigene Meinung und für die Freiheit der Presse hart an der Grenze dessen ist, was gerade noch zu ertragen ist.

(*Bernd Reinert CDU*: Wer hat das denn angeordnet?)

Wenn ein Bekenner schreiben bei einer Hamburger Zeitung eingeht, dann gehe ich davon aus – das war bisher meines Wissens immer so –, dass diese Zeitung nichts anderes tut, als dieses Bekenner schreiben an die Polizei weiterzuleiten. Weshalb dann in einem Postamt sämtliche

Briefe kontrolliert werden müssen, entzieht sich nicht meiner Kenntnis, aber dafür habe ich nur ganz wenig Verständnis, weil hier die Verhältnismäßigkeit der Mittel überzogen angewandt worden ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL: Ich möchte den Versuch machen, ein bisschen differenzierter über das Thema zu reden und dabei natürlich auch auf den Senator eingehen. Sie haben in Ihrer Rede sehr deutlich gemacht, dass es doch zwei Seiten gibt, einmal die polizeiliche Einschätzung, das polizeiliche Lagebild, zu dem wir uns alle hier nicht kompetent äußern können, weil wir keine Kenntnisse darüber haben, und dann das, was politisch daraus gemacht wird. Wenn Sie, Herr Innensenator, in Ihrer Pressemitteilung vom 29. Mai, also einen Tag nach der Demonstration am Pfingstmontag, sagen, Sie verurteilen die Gewalttaten – das ist richtig –, der nächste Satz aber lautet, die Nulltoleranzlinie gegen Störer werde konsequent fortgesetzt, dann kann ich nur sagen, dass Stören keine Straftat ist.

(Olaf Ohlsen CDU: Wortklauberei!)

Da sind wir dann an dem Punkt, wo aus dem polizeilichen Lagebild eine politische Einschätzung wird und wo wir in die Diskussion darüber kommen müssen, was hier aufgrund des Lagebildes der Polizei mit einem politischen Hintergrund an Einschränkungen der Versammlungsrechte, des Demonstrationsrechts passiert. Diese Debatte müssen wir hier führen.

(Beifall bei der GAL)

Um es ein bisschen deutlicher zu sagen, als Herr Schäfer es gesagt hat: Die seitliche Begleitung bei der Demonstration führt dazu und hat ganz praktisch dazu geführt, dass Menschen, die sich einreihen wollen, wie es so schön heißt, das nicht können, weil sie durch einen teilweise bis zu drei Polizisten oder Polizistinnen breiten Begleitschutz hindurch müssen. Genauso können einzelne Demonstrantinnen und Demonstranten diese Demonstration nicht verlassen und das ist eindeutig eine Einschränkung des Demonstrationsrechts.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Das ist eine Einschränkung der freien Entscheidung, teilzunehmen oder wieder wegzugehen. Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen verhindern, dass ein Block von schwarz Vermummten die Demonstration verlässt, ist das richtig; das ist aber ein anderes Thema. Es ist vielen Menschen nicht möglich gewesen, sich einfach einzureihen oder wieder herauszugehen und diese Dinge haben wir zu hinterfragen.

Im Übrigen noch etwas zu den rechtlichen Entscheidungen. Sie haben gesagt, das OVG und sogar Karlsruhe hätten Sie in Bezug auf die Route in Ihren Auflagen bestätigt. Im Nachhinein hat es aber für nahezu alle Inge-wahrsamnahmen, die im Vorfeld dieses Demonstrationswochenendes, kann man schon fast sagen, stattgefunden haben, genauso wie für fast alle weiträumigen Aufenthaltsverbote, die Sie im Laufe der Woche und auch während der Demonstration verteilt haben, Richterentscheidungen gegeben, die dazu geführt haben, dass diese